



**Stadt Bibliothek Gütersloh**

DIE GANZE WELT IN EINEM HAUS

## **„Die soziale und kulturelle Entwicklung der Städte“**

Herr Dr. Albrecht Göschel, Berlin



- Architekt, Stadtplaner, Soziologe
- beschäftigt sich mit ästhetischen und historischen Fragen des Städtebaus, Stadtutopien, Planungstheorie
- Einen seiner Schwerpunkte bilden empirische Arbeiten zur Kulturpolitik im weitesten Sinn.
- Projektleitung „Stadt 2030“ mit dem Thema kommunale Sozial- und Infrastrukturpolitik unter den Bedingungen des demographischen Wandels

Wichtiger Hinweis:

Der folgende Beitrag von Herrn Dr. Göschel ist für die Zeitschrift BuB verfasst worden. Am 05. Mai hat Herr Dr. Göschel seinen Vortrag in variiertes und erweiterter Form vorgetragen.

Dr. Albrecht Göschel

Megatrends, Zukunftsunsicherheit, Nachhaltigkeit: Zur Zukunft der Europäischen Stadt

### **1. Die Megatrends der Stadtentwicklung**

Die deutschen Städte unterliegen gegenwärtig einer Reihe so genannter Groß- oder Megatrends, denen sie mehr oder weniger ausgeliefert sind, auf die sie also bestenfalls reagieren können, ohne sie gravierend zu beeinflussen oder steuern. Die aktuelle Stadtforschung in ihren verschiedenen Disziplinen unterscheidet sechs derartige Trends, die teils von einander abhängig, teils aber auch unverbunden nebeneinander existieren, deren Wirkungen sich aber überlagern und addieren, und alle sechs Trends stellen äußerst dynamische Wandlungsvorgänge dar, die in ihrer Summe als der „tief greifende soziale und ökonomische Wandel der Gegenwart“ bezeichnet werden.

Diese sechs Trends sind:

- Wertewandel;
- Demographischer Wandel;
- Ökonomischer Wandel zur Dienstleistungsökonomie;
- Globalisierung (als kulturelle Dimension) und Internationalisierung (als ökonomische Dimension) weltweiter Verflechtungen;
- Entwicklung neuer Medien, neuer Kommunikationstechnologien.
- Ressourcenverknappung, ökologische Krise;

Jeder dieser Trends kann hier nur mit wenigen Stichworten skizziert werden.

### **1.1. Wertewandel**

Seit den 1960er-Jahren, in manchen Ländern etwas früher, in anderen später, werden die westlichen Industriegesellschaften von einem Wertewandel erfasst, in dem sich Verschiebungen von so genannten Akzeptanz- und Pflichtwerten zu Selbstverwirklichungswerten vollziehen. Von diesem Wandel in den Werten, an denen sich die Bevölkerungen der Industriegesellschaften zunehmend zu orientieren beginnen, betrifft zwar nicht direkt die Basiswerte jeder Gesellschaft, also Solidarität, Empathie, Humanität etc., Werte, die weiter bestehen bleiben oder sogar an Bedeutung gewinnen, aber sie werden anders verwirklicht als in traditionellen Gesellschaften. Die Gegenstände, die Objekte z.B. von Solidarität werden zunehmend selbst bestimmt, sie werden selbst aus einer Reihe von Möglichkeiten und Alternativen ausgewählt, beziehen sich also nicht mehr notwendiger Weise auf Kontexte, die als vorgegebene einer außen bestimmten Zugehörigkeit verstanden werden können, also z.B. nicht notwendiger Weise auf die „eigene“ Stadt oder Gemeinde. In einem individuellen Kompetenzgefühl werden diese Objekte, diese in diesem Sinne relevanten Anderen vom Einzelnen selbst ausgewählt.

Darin drückt sich ein entscheidender Grundzug von Modernisierung aus, die Entfaltung einer Optionsvielfalt, einer Wahlfreiheit, die zunehmend das Leben in modernen Gesellschaften bestimmt und als ein grundsätzlicher Zug von Fortschritt gewertet wird. Für Stadtentwicklung und Kommunalpolitik ist dieser Wertewandel folgenreich, da ein selbstverständliches Engagement der „Bürger“ an „ihre“ Stadt“ nicht mehr vorausgesetzt werden kann. Jeder Einwohner beansprucht grundsätzlich selber die Kompetenz, zu entscheiden, wem in welchem Zusammenhang seine Aufmerksamkeit und Anteilnahme gelten soll.

Ein derartiger Wandel wird von Politikern auf den verschiedenen Ebenen häufig bedauert und als Werteverfall diffamiert, ohne zu berücksichtigen, dass z. B. die politische Verführbarkeit einer in dieser Weise kompetent

wählenden Bevölkerung deutlich geringer sein könnte, als die einer traditionellen. Der Wertewandel kann also durchaus Demokratisierungsfortschritte enthalten, auch wenn er das Geschäft der Politik, die Regierbarkeit von Städten, Regionen oder ganzen Staaten erschweren dürfte.

Daneben zeigen sich aber auch neue Bindungen an Nahräume, an Quartiere und Nachbarschaften, in denen eine neue Tendenz zu Nähe, Gemeinschaft, zu Vertrautheit und Verlässlichkeit von sozialen Beziehungen erkennbar wird. Nicht mehr ausschließlich die Optionserweiterungen, die die Moderne dominiert haben, stehen dabei im Vordergrund, sondern Versuche, dem individuellen Leben Sinn und Stabilität zu geben. Nicht das ständig wachsende „Können“ der Optionserweiterungen, sondern die vernachlässigte Dimension des „Seins“ (Gerhard Schulze) wird in diesen urbanen Kontexten betont.

## **1.2. Demographischer Wandel**

Der demographische Wandel, der alle Gesellschaften der westlichen Welt bzw. der Industrienationen erfasst hat, stellt vermutlich für die deutschen Städte eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Als gleichzeitige Reduktion der Bevölkerung und einer Veränderung ihrer Altersstruktur entsteht der demographische Wandel aus zwei weitgehend von einander unabhängigen Vorgängen, zum einen aus einer Verlängerung der individuellen Lebenserwartungen, zum anderen aus einem Rückgang der Geburtenrate. In der Überlagerung beider Faktoren entstehen daraus gleichermaßen schrumpfende wie alternde Bevölkerungen, auch wenn das Ausmaß dieses Wandels in den Industriegesellschaften durchaus unterschiedlich ist.

Die Verlängerung der Lebenserwartungen beträgt seit Jahrzehnten recht exakt und kontinuierlich drei Monate pro Geburtsjahrgang, also immerhin

einen Zugewinn an Lebenszeit von drei Jahren bei einem Geburtsjahrgang, der zwölf Jahre nach einem früher geborenen sein Leben beginnt. Man ist sich zwar ziemlich sicher, dass dieser Verlängerung biologische Grenzen gesetzt sind, aber diese sind noch nicht erreicht, so dass für die kommenden Jahrzehnte weitere Zugewinne, also „Alterungen“ zu erwarten sind.

Diese Ausdehnung der Lebenserwartungen ist ohne jede Einschränkung als Fortschritt zu bewerten, ist also erwünscht und mit gigantischem Aufwand an medizinischer Versorgung, Verbesserung der Alltagshygiene, der Wohn- und Arbeitsbedingungen durchgesetzt worden, hat aber dennoch Nebenfolgen, die Belastungen darstellen. So stellt das Älterwerden z.B. eine Herausforderung an die Alterssicherungen dar, wenn diese nicht an die wachsende Lebenserwartung angepasst werden, wenn also das Rentenalter nicht angehoben wird. Neben diesem in der Öffentlichkeit intensiv diskutierten Problem birgt die Alterung aber auch noch andere Folgen, die nicht minder schwer zu bewältigen sind. So verändert sich das durchschnittliche Krankheitsbild, es entstehen also sozialmedizinische Folgen. Gegenüber früh- oder vorindustriellen Gesellschaften verlieren Infektionskrankheiten an Bedeutung. Sie werden abgelöst durch die typischen Alterskrankheiten, also Altersdemenz, Alzheimer, Schlaganfall- und Infarktfolgen etc. Alle diese Alterskrankheiten, die durch die verlängerte Lebenserwartung in verstärktem Maße auftreten, unterscheiden sich von den traditionellen Infektionskrankheiten als Schwerpunkt gesellschaftlicher Krankheitsbilder dadurch, dass sie nicht heilbar sind und dennoch nicht zu schnellem Tod führen, wie das für die großen Infektionskrankheiten Pest, Typhus, Cholera, Grippe, Syphilis kennzeichnend war. Damit lösen die Alterskrankheiten lange Pflegeabhängigkeit der Betroffenen aus, und die Zahl der Betroffenen steigt rapide, da zunehmend mehr Menschen in ein Alter hineinwachsen, in dem sich diese Krankheiten häufen. Es erscheint gegenwärtig eher unwahrscheinlich, dass dieses Pflegeproblem

institutionell wie finanziell im gegenwärtigen Gesundheitssystem zu bewältigen ist.

Neben diesem neuen „Hochalter“ und seinen besonderen Anforderungen entsteht aber auch ein neues „Jungalter“ zwischen Ende Fünfzig und Mitte Siebzig. In dieser neuen Lebensphase, in der Menschen früher ohne jeden Zweifel als Alt galten, erfreuen wir uns heute in der Regel noch bester Gesundheit, weitgehend uneingeschränkter intellektueller Leistungsfähigkeit und – zumindest bei großen Gruppen der Gesellschaft – eines gesicherten Wohlstandes, ohne noch ins Arbeitsleben eingebunden zu sein. Auch wenn in Zukunft das Renteneintrittsalter angehoben werden sollte, wird es dieses „Jungalter“ als freigesetzte Zeit nicht völlig aufzehren, so dass vermutlich die Zahl der „rüstigen Jungalten“ weiter steigen wird. Gegenwärtig entdeckt der Markt diese Gruppe als neue Konsumenten und bietet entsprechende Mode, Kosmetika und Tourismuserlebnisse für dieses Alter an. Man kann aber davon ausgehen, dass diese Konsumangebote dem Tätigkeitsbedürfnis dieser Menschen, die ja das Tätigsein gewohnt sind, immer weniger entspricht. Zwar ist noch nicht gut abzusehen, welche Tätigkeitsfelder sich hier entwickeln werden, ob es nur die des klassischen Ehrenamtes sein werden oder eben auch neue informeller Aktivitäten in Quartier und Nachbarschaft, aber dass sich hier neue Verhaltensmuster herausbilden werden, die aus dem demographischen Wandel der verlängerten Lebenserwartung resultieren, ist ziemlich sicher.

In der Ausdehnung der Lebenserwartung entstehen aber nicht nur neue Altersformen, es kommt auch zu einer neuen Jugend, die wir allerdings weitgehend bereits vorfinden. Erst mit der Moderne, also mit den Ansätzen zur Verlängerung der Lebenserwartung, entsteht der Lebensabschnitt der Jugend, anfangs zwar noch als sehr kurzer Abschnitt von einigen Monaten, äußerstenfalls ganz wenigen Jahren. Heute dagegen umfasst Jugend, gerechnet von der Pubertät bis zum Eintritt ins

Berufsleben, bis zu zwei Jahrzehnten, vom 12./13. Lebensjahr bis Anfang Dreißig, zumindest bei einer sehr großen Gruppe Jüngerer, die höhere Ausbildungsgänge durchlaufen.

Damit verliert Jugend die Qualität eines Moratoriums und wird stattdessen zu einem Lebensabschnitt mit eigener Bedeutung, eigenen Inhalten und Verhaltensformen. Und sie wird zu einer lebensprgenden Phase, die nicht auf das Erwachsenenalter als klar geformtes Verhaltensbild zielt, sondern dieses nach ihren Bedingungen beeinflusst. Eine „Juvenilisierung“ der Gesellschaft ist die Folge. Verhaltenselemente, die als jugendspezifisch gelten konnten, bleiben für ein ganzes Leben relevant, werden also beibehalten und bis ins Alter gepflegt, z.B. die Vorstellung der „Selbstbestimmung“, die den Wertewandel prägt, der Wunsch, Spaß zu haben, sich selbst und neue Dinge auszuprobieren, also Intentionen, die bisher nur mit Jugend und nicht mit dem Erwachsenenalter verbunden wurden.

Auch diese Vorgänge sind für Stadtentwicklung von Bedeutung, da sich in der Juvenilisierung des Erwachsenenalters auch die Verhaltensformen herausbilden – könnten –, die das Wohnen in der Stadt, im Zentrum der Stadt relevanter werden lassen, da die Zentren nun einmal die Räume von „action“, von Szene, von Spaß und Erlebnisintensitt darstellen.

Als zurzeit gravierender wird allerdings der zweite Faktor des demographischen Wandels, der Geburtenrückgang gesehen. Es gilt als sicher, dass er in seinem Ausmaß nicht vollständig durch Migration kompensiert werden kann, so dass Bevlkerungsschrumpfung unabweichlich erscheinen. Auf längere Sicht erscheinen die Stdtesysteme, die sich in den letzten Jahrzehnten in den Industriegesellschaften herausgebildet haben, unter diesen Bedingungen nicht aufrecht zu erhalten zu sein, so dass es unweigerlich zu Stadtschrumpfung bis zu Stadtauflsungen kommen wird. Allerdings

werden sich diese Schrumpfungen nicht gleichmäßig vollziehen, sondern, gestützt und verstärkt durch Wanderungen, zu einer Polarisierung in der Stadtentwicklung zwischen stabilen oder sogar vorübergehend noch wachsenden Städten auf der einen und schrumpfenden auf der anderen Seite führen.

Es gilt allgemein als gesichert, dass unter diesen demographischen – und ergänzenden ökonomischen – Bedingungen eine Konkurrenz der Städte um Einwohner, und zwar um junge, gut ausgebildete, einheimische Einwohner entsteht und zunehmend an Schärfe gewinnt. Die Sieger in dieser Konkurrenz exportieren damit die negativen Folgen des demographischen Wandels an die Verlierer der Konkurrenz, in denen sich negative Entwicklungen überlagern und addieren, und für viele Städte und Regionen könnte jetzt schon feststehen, ob sie auf der Verlierer- oder Gewinnerseite stehen werden.

### **1.3.      Ökonomischer Wandel zur Internationalisierung / kultureller Wandel zur Globalisierung**

Die so genannte Globalisierung, mit der Entgrenzungsvorgänge der nationalen Ökonomien beschrieben werden, führt mit einiger Sicherheit bereits gegenwärtig zur Schwächung der Nationalstaaten, gleichzeitig aber auch zu einer ambivalenten Stärkung der Kommunen, der Städte und Regionen, die eine eigenständige Wirtschaftsförderung betreiben können und müssen, zunehmend unabhängig von staatlichen Steuerungsversuchen oder –vorgaben, so dass sie eine gewisse Autonomie gewinnen. Durch die Fixierung auf Wirtschaftswachstum wird dieser Bedeutungsgewinn allerdings auf ökonomische Aspekte verengt. Die Regionen und Kommunen werden in eine unausweichliche Konkurrenz um Wirtschaftswachstum gezwungen, die sich nicht mehr nur auf die Ansiedlung von Arbeitsplätzen beschränkt sondern auch zu einer Konkurrenz um die Einwohner führt, die im demographischen Wandel

knapp werden. In der Globalisierung tendieren die Kommunen dazu, Politikmuster nach dem Vorbild von Marktsubjekten, also von Unternehmen zu entwickeln und ihre Funktionen als politische Körperschaften mit einer Ausgleichfunktion gegenüber ökonomischen Vorgängen zu vernachlässigen.

Es erscheint allerdings auch als sicher, dass früher oder später die Nationalstaaten versuchen werden, ihren Einfluss auf die entgrenzten Ökonomien zurück zu gewinnen. Zurzeit scheint das in der so genannten Finanzkrise in ersten Ansätzen zu geschehen. Allerdings werden sich auf diesem Wege nicht die alten Nationalstaaten in ihren Souveränitäten rekonstruieren, sondern nationale Kooperationen an Bedeutung gewinnen, durch die eine unkontrolliert agierende Ökonomie an politische Vorgaben und Ziele rückgebunden werden soll. Vor allem der nationale Wohlfahrtsstaat, der seine größte Stärke unmittelbar vor oder zu Beginn der Globalisierung erreicht hatte, wird seine Schwächung aus der Globalisierung durch diese neuen internationalen Kooperationen wohl kaum überwinden können.

In dieser Globalisierung, die sich auch als kulturelles Phänomen einer Angleichung von Lebensstilen und städtischen Erscheinungsformen ausdrückt, entstehen allerdings höchst ambivalente Vorgänge: Zum einen werden sich Städte unter dem Diktat überregional und international agierender Firmen mit entsprechenden Warenangeboten ähnlicher, ein Vorgang, der heute in jeder Einkaufszone zu sehen ist. Zum anderen aber beginnt auch eine Konkurrenz um lokale Besonderheiten, um Distinktionen, also Unterscheidungsleistungen, von denen man sich Vorteile in der Konkurrenz verspricht. Die vielfältigen, wahrscheinlichen oder potentiell denkbaren Erscheinungsformen können hier nicht näher dargestellt werden, immer aber werden wir in Städten oder Regionen, die sich in der Konkurrenz behaupten wollen, Versuche finden, Altes und

Neues harmonisch und gefällig, ohne Ecken und Kanten zu einer regionalen oder städtischen „corporate identity“ zu verbinden.

#### **1.4. Ökonomischer Wandel zur Dienstleistungsökonomie**

In der Dienstleistungsökonomie zeigen sich viele Phänomene, die die Stadtentwicklung direkt beeinflussen. Zum einen entwickeln sich neue Standortfaktoren, also neue Faktoren, die einen Standort für die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben erstrebenswert machen. An die Stelle so genannter harter treten weiche Faktoren der Fühlungs- und Nähevorteile zwischen Betrieben und Branchen, die die Vorstellung von einer Ortsungebundenheit der Dienstleistungsunternehmen zur Illusion werden lassen.

Zum anderen, um nur zwei relevante Bündel von Folgen zu nennen, vertiefen sich im Übergang zur Dienstleistungsökonomie die sozialen Ungleichheiten, ein Vorgang, der bereits in vollem Gange ist, wie die diversen Armuts-/Reichtumsberichte z.B. der deutschen Bundesregierung unmissverständlich deutlich machen. Die Großinstitutionen des Arbeitslebens, das große Unternehmen, die Einheitsgewerkschaft verlieren an Bedeutung und werden zunehmend durch kleine Einheiten mit flexiblen und damit Ungleichheit fördernden Einkommens- und Beschäftigungsstrukturen ersetzt. An die Stelle auf Gleichheit ausgerichteter Systeme und Politiken, wie sie die Zeit der Hochindustrialisierung kennzeichnete, treten vielfältige Fragmentierungen und Differenzierungen, die zwar als Gewinn von Vielfalt gegenüber den normierenden Tendenzen der Industriegesellschaften verstanden werden können, in denen sich aber neue, gravierende Ungleichheiten und ihre Akzeptanz entwickeln können.

### **1.5. Neue Medien, neue Kommunikationstechnologien**

Kaum ein Wandel beeinflusst unser Alltagsleben so umfassend, wie die Entwicklung neuer Medien- und Kommunikationstechnologien, man denke nur an PC, Internet und Handy. An Stelle vieler anderer Folgen sei hier nur erwähnt, dass diese neuen Technologien neue Arten von Kompetenzen verlangen, und dass sich vermutlich entlang dieser Kompetenzen neue und gravierende Ungleichheitsstrukturen entwickeln werden.

Medienvirtuosen werden „Medienidioten“ gegenüber stehen. Während die ersten in geschickter Weise Auswahlen treffen und jedes Medium zum rechten Zeitpunkt für die richtigen Vorgänge nutzen können, verfallen die anderen in blinde Abhängigkeiten und werden von den Medien als willige Konsumenten genutzt statt sie ihrerseits zu nutzen.

Es wird vermutet, dass sich in Zukunft ganze Karrieren um diese Medienkompetenzen entwickeln werden. Allerdings vermuten wir auch, dass diese neuen Ungleichheiten den alten sehr ähnlich sein werden, da klassische „bildungsbürgerliche“ Tugenden und Fähigkeiten der Disziplin, der Selektionsfähigkeit, der Vielfalt von Interessen und Aktivitäten die Basis Erfolg versprechender Medienvirtuosität bilden werden bzw. es jetzt bereits tun.

Das aus Sicht der Stadtentwicklung erstaunlichste Phänomen der neuen „Mediengesellschaft“ ist allerdings, dass die anfangs erwartet Ablösung von konkreten Standorten, eine „Enträumlichung“ von Firmensitzen etc. nicht stattzufinden scheint. Ganz im Gegenteil suchen gerade die Unternehmen oder Betriebe, die besonders eng mit den neuen Medien verbunden sind, Standorte, die ihnen Nähe- oder Fühlungsvorteile mit anderen Unternehmen der gleichen oder verwandten Branchen garantieren. Gerade sie suchen den „face-to-face-Kontakt“, die unmittelbare, noch in keiner Weise verarbeitete Information, da nur diese in der Regel sowohl neu als auch zuverlässig zu sein verspricht.

Gegenwärtig wird vermutet, dass aus dieser Tendenz eine anhaltende Aufwertung verdichteter Innenstadtstandorte einsetzt und nicht die Beliebigkeit der Standorte, die in Verbindung mit diesen neuen Informationstechnologien eine Zeitlang vermutet wurde.

### **1.6. Verknappung ökologischer Ressourcen, ökologische Krise**

Bekanntlich sind die Städte in ihrem Verbrauch an Energie, Boden, Wasser und Luft gewaltige Ressourcenvernichter. Auch wenn die nachhaltige Stadt in strengem Sinne nicht denkbar ist, zumindest nicht in überschaubarer Zukunft, wird die ökologische Krise zu gravierenden Veränderungen z.B. in der urbanen Verdichtung, in der Reduktion des Individualverkehrs oder in der Entwicklung von Ressourcenkreisläufen zwingen. Flächenrecycling, Einsatz erneuerbarer Energie, Energieeinsparungen, Einsatz ökologisch günstiger Materialien etc. werden das Gesicht unserer Städte und die städtischen Lebensstile zutiefst verändern.

## **2. Folgen der Wandlungsvorgänge und ihrer Überlagerungen**

Auch wenn sich in der Überlagerung der einzelnen Wandlungsprozesse Komplexitäten ergeben, die kaum noch zu durchschauen sind, ein Problem, auf das im abschließenden Punkt näher eingegangen wird, lassen sich einige eher summarische Aussagen machen, wenn man akzeptiert, dass diese natürlich alle mit hohen Unsicherheiten behaftet sind.

Es ist damit zu rechnen, dass sich für eine absehbare Zukunft Ungleichheiten verschiedenster Art, zwischen Milieus und Schichten, zwischen Stadtteilen und Quartieren, zwischen Städten und Regionen innerhalb Deutschlands vertiefen werden. Auch wenn sich mittelfristig internationale Ungleichheiten reduzieren werden, ist doch für Staaten wie

Deutschland mit einem hoch entwickelten Sozialstaat zumindest vorübergehend mit einem deutlichen Anstieg sozialer Ungleichheiten zu rechnen.

In dieser wachsenden Ungleichheit, begleitet von Milieudifferenzierungen z.B. nach Ethnien, wird sich die Vorstellung eines definierbaren Gemeinwohls möglicher Weise auflösen, zumindest in Hinsicht auf kurzfristige Entscheidungen, falls man nicht das Nachhaltigkeitsziel hinreichend übergreifend operationalisieren kann.

Und drittens, um nur diese drei Folgenkomplexe anzudeuten, wäre es denkbar und wahrscheinlich, dass an die Stelle eines verantwortungsbewussten Stadtbürgertums, das es vermutlich schon längst nicht mehr gibt, ein „Stadtnutzertum“ tritt, das in selbstverständlicher Weise Klientelismus als politische Grundlage empfindet.

Allerdings bergen diese Trends immer auch Gegenbewegungen, die in unvorhersehbarer Weise die zentralen Folgen relativieren können. Es wäre z.B. denkbar, dass sich gegen die Ökonomisierung von Stadtpolitik, wie sie als Haupttrend aus Globalisierung und Dienstleistungsgesellschaft resultieren kann, die erwähnte neue Hinwendung zum Nahraum und zu verantwortlichen Sozialbeziehungen in diesem Nahraum entwickeln, wie sie sich etwa in Projekten des gemeinschaftlichen Wohnens und der neuen Quartiersnetzwerke und Quartiersprojekte finden. In den Regionalisierungsbewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre hatten sich ähnliche Gegenbewegungen gegen zentrale Trends angekündigt. Allerdings haben die „emanzipatorischen“ Regionalbewegungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine sehr lange Lebensdauer erreicht. Es bleibt demnach immer unsicher, wie stabil Gegentendenzen gegen die Haupttrends und deren Folgen sein werden. Man kann allerdings

unterstellen, dass gemeinschaftsorientierte Lebensformen in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden.

Es kann sich aber auch ein neuer Lokalpatriotismus mit all seinen fragwürdigen Folgen bilden, der zwar die Bindung an das lokale Gemeinwesen sucht und befördert und zu einem neuen „Wir-Gefühl“ auf lokaler Ebene beiträgt, der aber auch Ausgrenzungen zur Folge hat und inter-regionale Ungleichheiten akzeptiert oder gar begrüßt.

Die wenigen Folgen, die hier skizziert werden, zeigen bereits das zentrale Planungsproblem der Moderne, dass gegenwärtig an Aktualität und Dramatik gewinnt, die zunehmend begrenzte Zeitperspektive von Prognosen und Trendverlängerungen, auf denen normaler Planung basiert.

### **3. Zukunftsunsicherheit durch Wandel**

Alle genannten Wandlungsvorgänge sind bereits in sich hoch komplex und schwer zu überschauen. In ihrer wechselseitigen Verflechtung und gegenseitigen Beeinflussung entsteht darüber hinaus allerdings ein Wandel von erheblicher Dynamik und schier undurchdringlicher Komplexität. Daraus resultiert das moderne Planungsproblem: Je dynamischer und je umfassender der Wandel einer Gesellschaft ist, umso kürzer ist die Zeit, für die noch einigermaßen sichere Prognosen möglich sind. Dieser „Verkürzung der Gegenwart“ (Hermann Lübbe) steht allerdings die Verlängerung der Folgen unseres Handelns in der technischen Welt gegenüber. Alle Vorgänge, die wir zurzeit in Gang setzen, sei es der demographische Wandel, sei es die Errichtung technischer Infrastrukturen mit angemessenen Sicherheitsstandards, seien es Flächenausweisungen für Wohngebiete o. ä. wirken unabsehbar weit in die Zukunft, so dass eine bedrohliche Diskrepanz zwischen ständiger Verkürzung der Prognoseperspektiven bei gleichzeitiger

Verlängerung der Handlungs- und Planungsfolgen entsteht. Diese Diskrepanz, dieser Widerspruch ist Kern des modernen Planungs- und Zukunftsproblems und summarische Folge der einzelnen Wandlungen in ihrer Überlagerung.

Die Reaktion der Planungstheorie auf dieses Problem eines Widerspruches der Zeitperspektiven lag für mehrere Jahre in der so genannten inkrementalistischen Planung, d.h. in dem Versuch, Planung auf möglichst kurze Einzelschritte zu begrenzen, von langfristigen Perspektiven aber nach Möglichkeit abzusehen. Planungseingriffe sollten klein und in ihren Folgen möglichst begrenzt sein, um sowohl der Kurzfristig der Prognosemöglichkeit als auch der – unerwünschten – Langfristigkeit von Handlungsfolgen gerecht zu werden. Planung, also vor allem die übergreifende der Stadtentwicklungsplanung, wurde damit als Reparaturverfahren verstanden, das auf eigene umfassende und langfristige Zielvorgaben zu verzichten suchte und nur für eine Art Funktionsfähigkeit des Bestehenden zu sorgen hatte.

Die Stadtentwicklungsplanung, die zur Entwicklung langfristiger Konzepte und Strategien in den 1960er-Jahren eingerichtet worden war, verlor in dieser inkrementalistischen Planung wieder an Bedeutung. Häufig wurden die neu eingerichteten Ämter sehr bald wieder aufgelöst, anderen Planungsämtern eingeordnet oder als Stabstellen bei den Bürgermeistern oder Oberbürgermeistern beibehalten, dies aber eher in Sinne einer jederzeit schnell verfügbaren Politikberatung der kommunalen Spitze, weniger als „think-tank“ für langfristige Perspektiven.

Es scheint allerdings, dass diese Reduktion von Planung aus verschiedenen Gründen unbefriedigend bleibt. Vor allem in der Stadtentwicklungsplanung nagte diese Kurzfrist- und Reparaturperspektive dauerhaft am professionellen Selbstwertgefühl der Planer. Es setzte eine Suche nach Perspektiven ein, die ohne die

klassische, man könnte sagen notorische Irrtums- und Fehlerwahrscheinlichkeit traditioneller Planung und dennoch langfristig handlungsfähig sein könnte und verfiel auf den offensichtlich schillernden Begriff des „perspektivischen Inkrementalismus“, den man vor allem im Konzept der „Europäischen Stadt“ einzulösen hoffte.

#### **4. Die „Europäische Stadt“**

Um dem unbefriedigenden Inkrementalismus orientierende „Leitplanken“ zu geben, die die kleinteiligen Einzelentscheidungen in einen normativen Bewertungsrahmen einordnen, so dass Entscheidungen zwischen Alternativen auch nach anderen Kriterien als z.B. der „Kostengünstigkeit“ und schnellen Realisierbarkeit möglich werden, wurde bereits in den 1980er-Jahren auf das Konzept „Europäische Stadt“ zurückgegriffen. Aus der sicher plausiblen Annahme, dass die europäische Stadt in ihrer Dichte und Kompaktheit, in ihrer Institutionalisierung als politische Selbstverwaltung und in ihrer Gründung auf ein „europäisches Bürgertum“, also auf Bürgersinn und Bürgerengagement, eine Siedlungsform darstellt, die in jeder Hinsicht unter Nachhaltigkeitskriterien als optimal gelten kann, erschien es möglich, die Vision oder die historische Idee der „Europäischen Stadt“ als ein Leitbild zu verwenden, das den gesuchten Rahmen für kurzfristige und partikulare oder fragmentierte Einzelentscheidungen liefern könnte.

Und in der Tat scheint diese „Europäische Stadt“ im Unterschied z.B. zur nordamerikanischen oder asiatischen Stadt den Kriterien von Nachhaltig in ihren drei Dimensionen sehr nahe zu kommen:

- Soziale Nachhaltigkeit: Als Gemeinwesen mit einem „Wir-Gefühl“ der Bewohner kann die „Europäische Stadt“ Begrenzungen sozialer Ungleichheit erreichen.

- **Ökologische Nachhaltigkeit:** In ihrer Dichte und Kompaktheit stellt die europäische Stadt die optimale Siedlungsform für größere Einwohnerzahlen dar. Auch wenn sie streng genommen nicht nachhaltig ist, also in der Regel mehr Ressourcen verbrauchen wird, als in ihr oder in ihrem engeren und weiteren Umfeld in entsprechender Zeit nachwachsen können, kann sie dennoch die Siedlungsform mit dem geringsten Ressourcenverbrauch im Vergleich mit anderen Siedlungs- oder Stadtformen sein.
- **Ökonomische Nachhaltigkeit:** In ihrer Mischung und Verdichtung verschiedener Industriezweige, Branchen, Unternehmen und Gewerbe kann die „Europäische Stadt“ die Siedlungsform mit der geringsten Krisenanfälligkeit, mit der stabilsten Ökonomie sein.

Als Leitbild könnte also die „Europäischen Stadt“ Bewertungskriterien für Einzelentscheidungen liefern, die ohne ein solches normatives Gerüst schwer zu treffen wären. Andererseits stellt die „Europäische Stadt“ aber auch keine Zielvorstellung dar, die nach Art eines Entwurfs umzusetzen wäre. Sie kommt damit der „Perspektive“ im Planungsmodell des „perspektivischen Inkrementalismus“ sehr nahe.

## **5. Unsicherheiten beim Leitbild „Europäische Stadt“**

Kritiker am Leitbild „Europäische Stadt“ finden sich vor allem unter den Verfechtern der „Zwischenstadt“ (Thomas Sieverts). Mit diesem Bild, das dem der „Europäischen Stadt“ diametral entgegensteht, soll vor allem der Fragmentierung der modernen Stadt, angesichts der eine Rekonstruktion der „Europäischen Stadt“ als Voluntarismus erscheinen müsse, Rechnung getragen werden. Nun kann die Wahl eines Leitbildes niemals nur den Wunschvorstellungen oder Zielen der Planung folgen. Es bedarf, um ein Modell plausibel werden zu lassen, immer auch der empirisch

feststellbaren Hinweise auf Tendenzen, die einem Leitbild doch gewisse faktische Wahrscheinlichkeit geben. Solche Anzeichen sehen die Vertreter des Modells „Europäische Stadt“ z.B. in den folgenden Tendenzen:

- In der De-Industrialisierung der Städte entstehen innerstädtische Brachen, die als Wohnbauflächen genutzt werden können, und dieser innerstädtische Wohnungsbau, vor allem der für gehobene Einkommensgruppen findet Nachfrager, die darin eine Alternative zum Einfamilienhaus sehen, so dass der Hang zur Suburbanisierung gestoppt oder zumindest gebremst werden könnte.
- In den neuen Dienstleistungsberufen, besonders in den gehobenen Berufsgruppen, entstehen Nähe- und Kontaktwünsche zu Anderen der gleichen Lebensstile. Auch daraus entsteht eine neue Tendenz zum Wohnen in der Stadt, die das Modell „Europäische Stadt“ stützen könnte.
- Auch die zwar schwankende, auf längere Sicht aber unvermeidliche Verteuerung von Ressourcen kann einen Zwang zum Wohnen in der Stadt auslösen und eine Rekonstruktion der „Europäischen Stadt“ stützen.
- Bei zunehmender Berufstätigkeit der Frauen geht der Vorstadt, der Suburb „das Personal aus“, d. h. immer weniger Einwohner verfolgen den Lebensstil, der auf das Einfamilienhaus am Stadtrand zielt. Stattdessen nehmen die Lebensstile, die die Kontakt- und Erlebnisdichte der Stadt und ihre kurzen Wege suchen, quantitativ zu.

Diesen Tendenzen stehen aber auch Entwicklungen gegenüber, die einer faktischen Rekonstruktion der „Europäischen Stadt“ klar widersprechen, so dass aus dieser Sicht auch eine Leitbildorientierung an diesem Modell

nicht als plausibel sondern als Wunschdenken erscheint. Unter anderem können die folgenden erkennbaren und messbaren Tendenzen als Gegenbewegungen gegen die „Europäische Stadt“ und deren Rekonstruktion gesehen werden:

- Es besteht nicht nur eine wachsende Ungleichheit, sondern auch eine wachsende Akzeptanz von Ungleichheit in den Städten, die dem Bild der „Europäischen Stadt“ widerspricht, zumindest der sozialen Nachhaltigkeitsdimension dieses Leitbildes.
- Es dominiert der „Stadtnutzer“, nicht der Stadtbürger. Diese historische soziale Figur des Stadtbürgers könnte unwiederbringlich verschwunden sein, und dies in einer Gründlichkeit, die sogar die Vorstellung, was sie denn eigentlich einmal war, aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt hat: Die Verbindung universaler Werte mit lokaler Orientierung. An deren Stelle treten ausschließlich Partialegoismen und Partialinteressen, die dem Bild des Bürgers diametral widersprechen.
- Diese Durchsetzung von Partialegoismen zeigt sich unter anderem in der kommunalen und regionalen Konkurrenz, die nach Ralf Dahrendorf von einem modernen Stammesdenken, von einem „Neo-Tribalismus“ geprägt ist, nicht von dem was historisch das Bürgertum und in diesem die Basis des modernen liberalen Staates war. Das neue lokale Engagement untergräbt eben dieses und ist damit in historischer Sicht ausgesprochen antibürgerlich. Hier liegt der Haupteinwand der Vertreter des „Zwischenstadtmodells“ gegen das Leitbild „Europäische Stadt“.

Es wäre also denkbar, dass auch eine avancierte Planung nicht mehr und nicht wieder auf Visionen als Leitbilder zurückgreifen kann, sondern mit einem höchst anspruchsvollen Inkrementalismus leben muss, wie er sich

z.B. in Vorstellungen von „Demokratie als Kooperation“ (Julian Nida-Rümelin) oder von einem Bedeutungsgewinn des „Seins“ gegenüber dem „Können“ (Gerhard Schulze) niederschlägt. Beide Konzepte benennen keine Ziele im Sinne der „Europäischen Stadt“, sondern bezeichnen nur Wege oder Pfade, die begangen werden müssen, will man zu einigermaßen vernünftigen Planungsergebnissen gelangen.